



Der Vorsitzende des
Jugendparlaments
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 21.09.2017

1. Den Mitgliedern des
Jugendparlaments
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Jugendparlaments
am Dienstag, 26. September 2017, um 18:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 27.06.2017 und 22.08.2017
2. Bericht des Vorstands
3. **16-J-42-0002**
Berichte der AK - Vorsitzenden
4. Bericht des Kassenwarts
5. Bericht der Ausschussvertreter für die städtischen Ausschüsse

6. 17-J-42-0011

Debatte über aktuelle Themen

7. Anträge

7.1 17-J-42-0025

Strategie zur jugendkonformen Zukunft der kommunalen Außenpolitik

Ein Konzept des Arbeitskreises für Jugendvernetzung des Jugendparlaments Wiesbaden

Einleitung

„Außenpolitik findet nicht nur in Berlin, sondern auch in Wiesbaden statt“, so fasste es der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises für Jugendvernetzung, Martin Bodenschatz, zusammen. Und genau das ist auch der Grund, weshalb der Arbeitskreis für Jugendvernetzung sich mit dem Thema „Kommunale Außenpolitik“ auseinandergesetzt hat. Denn jede Stadt kann mit ihren nationalen und internationalen Beziehungen zu anderen Städten und Gemeinden ihre ganz eigene und unabhängige Außenpolitik gestalten. Städtepartnerschaften dienen nicht nur der Völkerverständigung auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene, sondern auch die strukturelle Hilfe und die projektbezogene Zusammenarbeit können der Inhalt dieser sein. Jedoch rücken die Städtepartner- und -partnerschaften viel zu wenig in den Vordergrund der Öffentlichkeit und der städtischen Gesellschaft, was eigentlich schade ist, da sie nicht nur viel Potenzial besitzen. Dieses Potenzial kann von der europäischen Verbundenheit, wie im Falle Montreaux, über die Entwicklungshilfe, wie im Fall Ocotol, bis zu einem gemeinsamen Projekt gehen, wie beim 1999 in Wiesbaden gegründeten „Zipfelbund“, an dem die Wiesbadener Partnerstadt Görlitz beteiligt ist. Aber gerade weil sich nur wenige davon wissen und sich damit auseinandersetzen, fehlt häufig die persönliche Identifikation zu den jeweiligen Beziehungen oder die eigenen Standpunkte zur Außenpolitik mit den vorhandenen Beziehungen nicht überein. Aus diesem Grund erstellte der Arbeitskreis für Jugendvernetzung diese Strategie, welche die kommunale Außenpolitik unserer Stadt zukunftsfähiger und identitätsstiftender gestalten soll.

Die Umfrage

Um auch die Meinungen und Anregungen der Wiesbadener Jugendlichen mit in unsere Strategie aufnehmen zu können, erstellte der Arbeitskreis für Jugendvernetzung eine Umfrage, welche in einer standardisierten und in einer ausführlichen Form vorhanden war.

Unsere Ansätze zur Verbesserung der kommunalen Außenpolitik

1. Neue Priorisierung der vorhandenen Städtepartnerschaften

Der Arbeitskreis für Jugendvernetzung musste feststellen, dass die aktuelle Situation in der kommunalen Außenpolitik leider sehr unbefriedigend ist. Der Hauptgrund ist die fehlende Identität zu den bisherigen Städtebeziehungen sowie die Inflexibilität der kommunalen Außenpolitik. Zum außenpolitischen Vorstellungen der Wiesbadener Jugendlichen entgegen kommt. Nun kann man sagen, dass dies nicht schlimm sei. Jedoch sei gesagt, dass wir uns früher oder später um den Erhalt der bisherigen Partnerstädte kümmern müssen oder wir lassen es bleiben. Doch auf das zuletzt genannte wollen wir es nicht ankommen lassen. Denn die Partnerstädte werden für Wiesbaden immer

wichtiger, was auch darauf zurück zu führen ist, dass die Städte weltweit fast die Hälfte der Weltbevölkerung beherbergen und somit alle Städte weltweit mit denselben Herausforderungen zu kämpfen haben. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und miteinander zusammen zu arbeiten, weshalb wir der Ansicht, dass Wiesbaden annäherungsweise Städte bzw. Gemeinden als Partner oder Freund hat, welche Wiesbaden ähneln. Und ist zwar bewusst, wie wichtig eine deutsch-französische Partnerschaft zwischen Städten und Kommunen ist, jedoch sollte sie nicht krampfhaft herbeigeführt werden. Die Städtepartnerschaft zu Fondettes sollte aus diesem Grund zu einer Stadtteilpartnerschaft abgestuft werden, da die Aktivitäten zwischen Fondettes und Naurod sich hauptsächlich auch nur auf diese Beziehung beschränken. Im Gegenzug schlagen wir dafür vor, dass Wiesbaden die Patenschaft für alle Stadtteilpartnerschaften übernehmen sollte, um die Stadtteilpartnerschaften mehr in die Gesamtstadt zu integrieren sowie zu öffnen und ihnen eine Plattform für stadtweite Aktivitäten zu bieten. Wenn man weiterhin auf eine französische Partnerstadt besteht sollte man sich erkundigen welche französische Stadt Interesse an einer Projektpartnerschaft hätte und auch nicht davor zurückschrecken, wenn eine französische Stadt bereits eine deutsche Partnerstadt hat. Schließlich haben mehrere französische Städte gleich zwei deutsche Partnerstädte und manchmal ist es sogar andersrum.

Im Fall von Istanbul-Fatih sind wir der Ansicht, dass die aktuelle Städtepartnerschaft vorübergehend auf eine förmliche Bindung oder passive Städtepartnerschaft abgestuft werden sollte. Durch die förmliche Bindung gewährleistet man weiterhin den regelmäßigen Kontakt zu Fatih und ist bereit für ein Gespräch, jedoch vermeidet man jede Art von Zuspitzung durch die Abkühlung der vorhandenen Situation. Bei der passiven Städtepartnerschaft strebt man die Konservierung der vorhandenen Partnerschaft an, ohne eine weiterhin bestehende Verständigung voraus zu setzen. Wir sehen diesen Schritt für unumgänglich, da Wiesbaden aktive Städtepartnerschaften benötigt, um zum einen das Eigene und zum anderen das Fortkommen der jeweiligen Partnerstadt zu ermöglichen. Da jedoch das Verhältnis sowieso schon eingefroren ist, sehen wir es auch nicht ein, dass diese Partnerschaft zu einem unnötigen Platzhalter wird und somit mögliche neue Beziehungen verhindert. Im Falle einer Verbesserung der politischen Lage, sollte die Städtepartnerschaft durch eine Projektpartnerschaft ersetzt werden, um mittels Projekt ein vorsichtiges Fortkommen für beide Kommunen zu ermöglichen. Im Falle von Karlsbad/Karlovy Vary sollte man überlegen die Städtebeziehungen, zu einer Projektpartnerschaft umzubauen. Dadurch soll längerfristig nicht nur endlich der Kontakt und die Verständigung zur tschechischen Bevölkerung hergestellt werden, sondern der Städtebeziehung soll auch ein neuer Sinn gegeben werden.

Hingegen im Fall Kfar Saba sollte man versuchen, so wie es der ehemalige Wiesbadener Bürgermeister Achim Exner schon versucht hatte, die benachbarte Stadt Jericho, welche im palästinischen Autonomiegebiet liegt, mit in die Städtebeziehungen aufzunehmen und ein Dreierbündnis Wiesbaden - Kfar Saba - Jericho zu initiieren, wie im Fall Bierstadt - Terrasson - Theux. Dieser Schritt wäre ein wertvoller und notwendiger Schritt für die israelisch-palästinensische Annäherung, auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

Um die Intensität und die Qualität der bestehenden Partnerstädte zu verbessern, sucht der Arbeitskreis Jugendvernetzung derzeit noch nach realistischen Lösungen, welche wir der Stadtverordnetenversammlung vorlegen würden.

2. Einführung von zwei neuen Projektpartnerschaften

Auch in der kommunalen Außenpolitik verschieben sich die Ansprüche und Bedürfnisse immer wieder. So war in den 1960er-Jahren, mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages das Ziel fast jeder westdeutschen Gemeinde, mit einer französischen Stadt bzw. Gemeinde eine Partnerschaft zu besiegeln. Jedoch geht häufig die Euphorie in der Stadtgesellschaft für eine Städtebeziehung über die Zeit verloren, insbesondere wenn der Kontakt zur Partnerstadt abbricht oder nur ein kleiner Personenkreis die Beziehung aktiv pflegt. Aus diesem Grund, ist der Arbeitskreis Jugendvernetzung zu der Ansicht gekommen, dass alle zukünftigen Partnerschaften den Titel der „Projektpartnerschaft“ bekommen sollten. Eine partnerschaftliche Beziehung ist somit zu allererst an ein Projekt gebunden und damit auch zeitlich begrenzt. Können Wiesbaden und die jeweilig andere Projektpartnerstadt das Projekt erfolgreich weiter führen, kann darüber nachgedacht werden, ob und wie die Beziehung weiter geführt wird. Mit der Projektpartnerschaft können sich zwei Kommunen verbindlich und zeitlich

begrenzt kennen lernen sowie miteinander arbeiten. Wenn eine dauerhafte Beziehung, über die zeitlich begrenzte Beziehung, von der Stadtgesellschaft angestrebt und unterstützt wird, kann man über eine dauerhafte Städtefreundschaft reden.

Um auf die aktuellen Bedürfnisse der Jugendlichen zu reagieren, fordern wir die Einführung von zwei neuen Projektpartnerschaften, mit der das Model „Projektpartnerschaft“ erprobt werden soll und der Zugang zu zwei weiteren Ländern geschaffen werden, welche im Verhältnis der Einwohner zu den zwanzig größten Ländern dazu gehören. Mit Abgleichen der Umfrageergebnisse sind wir zu folgenden Resultat gekommen, dass die kommenden Projektpartnerstädte in den USA und in Indien liegen sollten.

Im Falle der USA sehen wir eine mögliche Projektpartnerschaft für unumgänglich, da zum einen wegen der hier stationierten US-Streitkräfte noch immer eine gegenwärtige Wahrnehmung, stellvertretend für USA, vorhanden ist und zum anderen die Bedeutsamkeit der USA, trotz der aktuellen innerpolitischen Lage, für Deutschland noch immer groß, sowohl auf kultureller, als auch wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene vorhanden ist.

Im Falle von Indien haben wir es mit einem stark wachsenden und immer mehr dominierenden Land zu tun, welches sich in der Weltpolitik auch immer engagiert. Gerade die Zusammenarbeit mit Indien und Deutschland in der Klima- und Entwicklungspolitik verdeutlicht uns, dass dieses Land ein verborgenes Potenzial besitzt, welches humane Unterstützung benötigt, um zur Geltung zu kommen. In der Zukunft wird Indien immer bedeutender und hat jetzt schon die Position einer Hegemonialmacht, welche ernst genommen werden sollte.

Uns ist die Bedeutung der möglichen zukünftigen Projektpartnerschaft bewusst, weshalb auch noch an möglichen Projekten arbeiten, welche wir der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls vorlegen würden.

3. Ausweitung des entwicklungspolitischen Engagements in Form einer Stadtsolidarität

Der Arbeitskreis Jugendvernetzung lobt das bemerkenswerte entwicklungspolitische Engagement des Partnerschaftsvereins Nueva Nicaragua e.V. in Ocotal. Insbesondere die Spendenaktionen zur Gewährleistung des weiteren Betriebes von „Radio Segovia“, nach einem Hurrikan im Sommer 2012 und zur gesundheitlichen Behandlung des Leiters der „Las-Abejitas“-Bibliothek, nachdem dieser überfallen und verletzt wurde, verdeutlichen die Hilfsbereitschaft der Wiesbadener Stadtgesellschaft. Aus diesem Grund schlägt der Arbeitskreis vor, zum einen die Städtepartnerschaft zu Ocotal in eine Stadtsolidarität umzutaufen und zum anderen eine weitere stadtsolidarische Beziehung zu etablieren. Der Begriff „Stadtsolidarität“ soll Außenstehenden vermitteln, dass der Vordergrund dieser Beziehung die Entwicklungszusammenarbeit ist. Zudem ist die Formulierung von Zielen zur Entwicklungszusammenarbeit, welche Wiesbaden gemeinsam mit der anderen Gemeinde festlegt und umsetzen möchte, ebenfalls ein Bestandteil der Stadtsolidarität. Jedoch kann es nicht nur bei Ocotal bleiben, denn die Zahl der Entwicklungsländer weltweit ist noch immer viel zu groß und die Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung - Neue globale Ziele für eine bessere Welt“ sind nicht mal annäherungsweise umgesetzt. Aus diesem Grund sieht es der Arbeitskreis Jugendvernetzung für erstrebenswert, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden längerfristig offen sein sollte, mit einer weiteren Stadt eine Städtesolidarität einzugehen.

4. Gemeinsame Nutzung der Städtebeziehung von allen Gemeinden innerhalb der Metropolregion Rhein-Main

Der Arbeitskreis Jugendvernetzung hat bei seiner Analyse der bestehenden Städtebeziehungen von Wiesbaden festgestellt, dass Städtebeziehungen vom ständigen Kontakt, mittels Austausch und Zusammenarbeit, abhängig sind. Jedoch klappt es nicht immer mit den Städtebeziehungen so gut, wie man sich das wünscht. Aus diesem Grund schlägt der Arbeitskreis Jugendvernetzung die gemeinsame Nutzung der Städtebeziehungen von allen Gemeinden innerhalb der Metropolregion Rhein-Main vor. Hierzu müsste zu allererst ein metropolweites Netzwerk eingerichtet werden, in dem alle Gemeinden organisiert sind, welche zur Metropolregion Rhein-Main gehören. Das längst überfällige Netzwerk für die Metropolregion Rhein-Main würde dann auch die vernetzte Kommunikation zwischen den Kommunen ermöglichen und somit den Kontakt zu der, für die jeweilige

Kommune, für die kommunale Außenpolitik zuständige Person herstellen. Dadurch haben die Kommunen die Möglichkeit auf die Städtebeziehungen der anderen Gemeinden zurückgreifen zu können, weil sie zu dem Land keine Städtebeziehungen unterhalten oder sie eine weitere Städtebeziehung zu dem Land benötigen, um ein umfangreiches Projekt beginnen zu können. Somit könnte eine gesamte Region von der Städtepartnerschaft jeder Gemeinde profitieren und dieses um ein vielfaches bereichern.

5. Neugestaltung der Städtebeziehungen im Sinne der EU-Nachbarschaftspolitik

Bei der Umfrage zur kommunalen Außenpolitik ist dem Arbeitskreis Jugendvernetzung aufgefallen, dass die Wiesbadener Jugendlichen die Relevanz von der Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und insbesondere der ehemaligen UdSSR für nicht so gering für unsere Zukunft einschätzen, wie dies sonst in der deutschen Gesellschaft üblich ist. Hier sind Parallelen mit der EU-Nachbarschaftspolitik festzustellen, welche den „Nachbarschaftsraum der EU auf das Niveau der EU selbst zu heben“ versucht, um es mit den Worten Frank-Walter Steinmeiers zu sagen. Gerade hier kann Wiesbaden Städte mit stadtplanerischen und wirtschaftlichen Know-How vor Ort, auf kommunaler Ebene unterstützen. Hierzu schlagen wir vor, dass man zu einem späteren Zeitpunkt, die Patenschaft zu einer Gemeinde beginnen sollte, welche sich in einem Land in Ost- oder Südosteuropa befindet, jedoch kein Mitglied der EU ist. Dieser Schritt wäre ein weiterer wichtiger und notwendiger Schritt, um die Lebensverhältnisse in den Ländern Europas zu verbessern, welche aktuell noch als Krisenherde gelten, sowohl politisch als auch gesellschaftlich.

Hinweis:

Nr. 4 des Konzepts wurde in der Sitzung vom 22.08.2017 abgelehnt.

7.2 17-J-42-0027

Mülltrennungspflicht für alle Wiesbadener Schulen und Hochschulen

Das Jugendparlament Wiesbaden fordert eine Mülltrennungspflicht für alle Wiesbadener Schulen und Hochschulen. In jedem Klassenraum soll eine Tonne für Paper-, Rest- und Biomüll stehen. Außerdem soll es für Verpackungen eine Mülltonne geben. Die Mülltrennungspflicht soll ab dem nächsten Schuljahr eingeführt werden.

7.3 17-J-42-0026

JuPa-Wahl - Kostenkalkulation für die Werbephase

8. Verschiedenes

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt das Jugendparlament nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gottwald
Vorsitzender